

Die Begeisterung der Amerikaner für Waffen

Das harte Leben im Wilden Westen abseits der Zivilisation führte zur weiten Verbreitung von Schusswaffen und zu einer tief verwurzelten Waffenkultur.

Von [David B. Kopel](#) | The World & I, Oktober 2003

Im Gegensatz zu den meisten Menschen auf der Welt betrachten viele Amerikaner den Besitz von Schusswaffen als die Regel und nicht als die Ausnahme.

Die europäischen und japanischen feudalen Aristokratien verachteten Feuerwaffen, weil sie die Rolle des Adels im Kampf beseitigten. Feuerwaffen demokratisierten die Kriegsführung, durchschlugen die Rüstungen und ermöglichten den Kampf aus der Ferne, wodurch die Bedeutung der alten Fähigkeiten des Adels im Nahkampf mit dem Schwert stark abnahm. In Japan und in weiten Teilen Europas förderte die Aristokratie Gesetze, die den Besitz von Feuerwaffen, insbesondere von Kurz Waffen, für das einfache Volk einschränkten oder untersagten.

Auf dem europäischen Festland und in England wurde die Jagd vom Adel streng kontrolliert. Dem einfachen Volk war es oft sogar verboten, ein Kaninchen zu töten, das auf dem eigenen Land die Ernte fraß. Kein vernünftiger Gouverneur und kein Gesetzgebungsorgan in den amerikanischen Kolonien hätte versucht, Jagd- oder Waffenkontrollgesetze nach europäischem Vorbild zu erlassen, denn solche repressiven Gesetze hätten das Überleben eines Großteils der amerikanischen Bevölkerung unmöglich gemacht.

Die Gesetze der Kolonialzeit verlangten im Allgemeinen, dass jeder Haushalt eine Schusswaffe für den Dienst in der Miliz und andere zivile Verteidigungsmaßnahmen besaß. Haushalte, die sich keine Schusswaffe leisten konnten, erhielten von der Regierung oft „öffentliche Waffen“ [„public arms“], die sie zu Hause aufbewahren durften.

In anderen englischen Kolonien war die Frontier [das [Grenzland](#) zwischen Zivilisation und Wildnis, d. Übers.] nicht so rau wie in den Vereinigten Staaten. Die Besiedlung Kanadas durch die Weißen verlief dank umsichtiger Verhandlungen der Regierung mit den Ureinwohnern weitgehend friedlich. Auch gab es in Kanada keinen „Wilden Westen“ wie in den Vereinigten Staaten, wo die Bürger in Ermangelung funktionierender Strafverfolgungsbehörden überall Kurz Waffen zum Schutz mit sich führten. In Kanada hingegen tauchte die berittene Polizei auf, als die ersten Eisenbahnstädte gebaut wurden. Die Ordnung wurde von oben durchgesetzt.

Kampf für die Unabhängigkeit

Die amerikanische Revolution wurde zum Teil durch die bereits gut entwickelte Waffenkultur in Amerika unterstützt. Die Vereinigten Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit durch einen entschlossenen bewaffneten Volksaufstand, ähnlich wie es die (mit Armbrüsten bewaffneten) Schweizer ab 1291 getan hatten, als sich die ersten drei Kantone die Freiheit von den Habsburgern erkämpften.

Von den rund 400.000 amerikanischen Männern, die während der Revolution im aktiven Dienst gegen Großbritannien standen, machten die Milizen etwa 165.000 aus. Obwohl die Milizionäre einige miserable Leistungen ablieferten, wie z. B. bei der Flucht der Milizionäre aus Virginia bei Camden, South Carolina, im Jahr 1780, konnten die irregulären Truppen, wenn sie von der Kontinentalarmee unterstützt wurden, durchaus effektiv kämpfen. So schlugen sie sich beispielsweise in der Schlacht von Cowpens, South Carolina, im Jahr 1781 – dem Wendepunkt des Krieges im Süden – hervorragend und ebneten damit den Weg für den Gnadenstoß bei Yorktown in Virginia.

Die Miliz spielte eine wichtige Rolle bei der Vereitelung des Saratoga-Feldzugs von General John Burgoyne 1777, der versucht hatte, Neuengland vom Rest der Vereinigten Staaten zu isolieren. In den Jahren 1778-79 eroberte die Kentucky-Miliz unter der Führung von George Rogers Clark wichtige britische Stellungen am Wabash River in den späteren Bundesstaaten Indiana und Illinois. Diese Siege trugen dazu bei, Amerikas Anspruch auf das gesamte britische Territorium östlich des Mississippi zu rechtfertigen, ein Anspruch, den Großbritannien schließlich im Friedensvertrag von 1783 anerkannte.

In *Washingtons Partisanenkrieg: 1775 - 1783* untersucht Mark W. Kwasny George Washingtons Einsatz der Milizen in Connecticut, New York und New Jersey. Der Gelehrte schreibt, dass diese Truppen die Rotröcke in einer offenen Feldschlacht zwar nicht allein besiegen konnten, die Freischärler aber für den Erfolg der Amerikaner unerlässlich waren: „Milizionäre waren überall verfügbar und konnten auf plötzliche Angriffe und Invasionen oft schneller reagieren als die Armee.“ Washington „setzte sie in kleinen Verbänden ein, um die Armee zu bedrängen und zu überfallen und um alle Orte zu bewachen, an die er keine Kontinentalsoldaten schicken konnte“.

Als sich der Krieg dem Ende entgegenging, schrieb Washington 1783 in seinem „Rundbrief an die Staaten“: „Die Miliz dieses Landes muss als das Fundament unserer Sicherheit und als erste geeignete Verteidigungsmöglichkeit im Falle von Feindseligkeiten betrachtet werden.“

Verfassungen der Bundesstaaten und des Bundes

Ab 1774, als die britische Armee, die Boston besetzt hielt, damit begann, die Waffen der Einwohner zu konfiszieren, bestätigte die Amerikanische Revolution, was die Gründerväter aus ihrem Studium des antiken Griechenlands und Roms sowie der englischen und fran-

zösischen Geschichte gelernt hatten: Der Besitz von Waffen war eine unverzichtbare Voraussetzung um die politischen Rechte sowie die Grundrechte zu wahren.

Beginnend mit den Verfassungen von Pennsylvania und North Carolina im Jahr 1776 enthalten die Verfassungen der amerikanischen Bundesstaaten daher in der Regel eine Bestimmung zum Recht auf Waffen. Die Bundesverfassung wurde 1791 um das Second Amendment ergänzt.

Die Bundes- und Landesverfassungen haben dazu beigetragen, ein „Rechtsbewusstsein“ zu entwickeln, das weitaus stärker ist als in jeder anderen Nation. Gerade die Existenz schriftlich niedergelegter Rechte – die in der Schule vermittelt und von den Gerichten bestätigt werden – erweckt in den Menschen eine immer stärkere Entschlossenheit, ihre Rechte zu wahren.

So hat das durch das geschriebene „Recht auf Waffen“ entstandene Rechtsbewusstsein zu einem zusätzlichen Schutz der Rechte geführt. Seit 1963 haben die Bürger von Alaska, Connecticut, Delaware, Florida, Georgia, Idaho, Illinois, Louisiana, Maine, Michigan, Montana, Nebraska, Nevada, New Hampshire, New Mexico, North Carolina, Utah, Virginia, West Virginia und Wisconsin entweder durch ihre Legislative oder durch eine direkte Abstimmung beschlossen, ein Recht auf Waffen in die Verfassung ihres Staates aufzunehmen oder das Recht auf Waffen erneut zu verabschieden oder ein bestehendes Recht zu stärken. In allen Staaten, in denen die Bevölkerung die Möglichkeit hatte, direkt abzustimmen, hat sie sich mit überwältigender Mehrheit für das Recht auf Waffen ausgesprochen. Im Jahr 1998 stimmte Wisconsin mit der überwältigenden Mehrheit von 74 Prozent für das Recht auf Waffen.

Eines der wenigen Länder mit einem ausdrücklichen Recht auf Waffen in seiner Verfassung ist Mexiko. In Artikel 10 heißt es: „Die Einwohner der Vereinigten Mexikanischen Staaten haben das Recht, in ihren Häusern zu ihrer Sicherheit und legitimen Verteidigung Waffen zu besitzen, mit Ausnahme solcher, die durch Bundesgesetz verboten sind, und solcher, die ausschließlich dem Heer, der Marine, der Luftwaffe und der Nationalgarde vorbehalten sind. Ein Bundesgesetz legt fest, in welchen Fällen, unter welchen Bedingungen und an welchen Orten die Einwohner berechtigt sind, Waffen zu tragen/führen.“

Die mexikanische Verfassungsbestimmung mag ein gewisses Rechtsbewusstsein in diesem Land schaffen, obwohl die Wirkung zweifellos durch den allgemeinen Skeptizismus gegenüber dem Gesetz und die mangelnde Achtung gegenüber den meisten verfassungsmäßigen Rechten in diesem Land geschmälert wird.

Exkurs: Waffen und Regierungen

Die meisten Verfassungsexperten folgen mit Blick auf das Second Amendment dem „Standardmodell“, wonach die Bill of Rights jedem gesetzestreuem Erwachsenen das Recht gewährt, Waffen zu besitzen.

Die Gegner dieser Ansicht halten an der Theorie der „Rechte der Staaten“ fest, die besagt, dass das Second Amendment nur den staatlichen Milizen ein Recht auf Waffen gibt.

In mehr als 35 Fällen hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass sich das Second Amendment auf das Recht des Einzelnen auf Waffenbesitz bezieht und nicht auf das Recht der Staaten.

Die Gründerväter formulierten das Amendment in der Überzeugung, dass die Sicherung des Rechts der Bürger auf Waffen staatliche Tyrannei verhindert.

Wenn der Waffenbesitz in den Händen normaler Bürger liegt, die dieses Recht nicht missbrauchen, dann werden Verbrecher abgeschreckt, was die Gesellschaft sicherer macht.

Städte, die die Waffenindustrie verklagen, stehen rechtlich auf unsicherem Boden, denn ihr Unvermögen, Kriminelle von Waffen fernzuhalten, ist ein mindestens ebenso großer Faktor für Verbrechen mit Waffen wie die Herstellung von Waffen durch die Waffenindustrie.

Die NRA

Die National Rifle Association (NRA) ist eine weitere Ursache und Folge der amerikanischen Waffenkultur. Die Gruppe wurde 1871 von Unionsgenerälen gegründet, die über die schlechte Schießleistung der Soldaten der Union während des Bürgerkriegs entsetzt waren. Die Streitkräfte der Konföderation hatten einen höheren Prozentsatz an Bauernburschen, die mit Gewehren vertraut waren und verfügten über eine höhere Treffsicherheit. Die NRA ist nicht nur die mächtigste Waffenlobby der Welt, sondern (laut den jährlichen Bewertungen der Zeitschrift *Fortune*) auch die mächtigste Lobby überhaupt in den Vereinigten Staaten. Drei der letzten vier amerikanischen Präsidenten waren Mitglieder der NRA, und ein amerikanischer Präsident, Ulysses Grant, fungierte nach dem Ende seiner Amtszeit als NRA-Chef.

Die NRA ist erfolgreicher als ihre ausländischen Pendants, weil sie in einem günstigeren politischen Umfeld agiert. Nur die Schweiz überträgt den örtlichen Verwaltungen mehr Macht als die Vereinigten Staaten. Die Parteien kontrollieren gewählte Amtsträger in den Vereinigten Staaten weniger stark als anderswo, das politische System ist weniger zentralisiert, und die Rolle der politischen Aktivisten unter den Bürgern ist wesentlich größer als in den meisten anderen Demokratien. All diese Faktoren verleihen den vier Millionen Mitgliedern der NRA eine viel größere Möglichkeit, gewählte Amtsträger zu beeinflussen, als es Vertreter von Waffenrechtsgruppen in anderen Ländern können. Die politischen Erfolge der NRA wiederum tragen dazu bei, eine breite Beteiligung am Schießsport und die Möglichkeit, Waffen zum persönlichen Schutz zu besitzen, zu bewahren. Da ein großer Teil der Bevölkerung Waffen hat, verfügt die NRA über eine große potenzielle Basis für Mitglieder und Aktivisten.

Vor allem die modernen Unterstützer des Second Amendment sind, wie ihre Vorfahren aus der Gründerzeit, sehr empfindlich, wenn es darum geht, den Anfängen zu wehren. Die Erfahrung Großbritanniens zeigt, dass sich diese Aktivisten nicht irren. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gab es in Großbritannien fast keine Gewaltverbrechen, keine Gesetze zur Waffenkontrolle und einen weit verbreiteten Waffenbesitz. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts wurden verschiedene „moderate“ Erlaubnis- und Registrierungsgesetze eingeführt, die zunächst sehr locker gehandhabt und dann durch geheime Verwaltungserlasse aus London mit immer größerer Strenge durchgesetzt wurden. Gegenwärtig besitzen nur etwa 4 Prozent der britischen Bevölkerung legal Waffen. Der Anteil der Bevölkerung ist viel zu gering, um dem Druck der Bürokratie des Innenministeriums zu widerstehen, die ein schrittweises Verbot von Waffen anstrebt.

Amerikanischer Exzeptionalismus

Auch wenn es einigen Amerikanern peinlich ist, dass ihr Land über ein besonders starkes verfassungsmäßiges Recht auf Waffen und eine ausgeprägte Waffenkultur verfügt, so haben sich die Vereinigten Staaten doch bewusst dafür entschieden, sich von Europa zu unterscheiden. Ein Richter des Obersten Gerichtshofs von North Carolina erklärte 1968 im Fall *State v. Dawson*: „Es war gerade die Tatsache, dass das Recht, Waffen zu tragen, in England verletzt worden war [[durch Edward III.](#), Anm. d. Übers.] und dass dies ein Schritt ist, der häufig von einer despotischen Regierung unternommen wird, was zur Aufnahme der Bestimmung in die Declaration of Rights von North Carolina im Jahr 1776 und zur Aufnahme des Second Amendment in die Bill of Rights des Bundes geführt hat.“

Die führenden Verfassungskommentatoren der frühen Republik, St. George Tucker und William Rawle, stellten demonstrativ das robuste amerikanische Recht, Waffen zu tragen, dem ihrer Meinung nach verkümmerten britischen Recht gegenüber. Auch Joseph Story, Richter am Obersten Gerichtshof, verglich in seinen berühmten Kommentaren zur Verfassung das starke amerikanische Recht auf das Tragen von Waffen mit seinem schwachen britischen Pendant.

Die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten wurde mit einem Dokument begründet, in dessen ersten Worten das Recht des Volkes bekräftigt wird, die Regierung zu stürzen [in der Präambel der [Unabhängigkeitserklärung](#), Anm. d. Übers.]. In Europa stehen bewaffnete Massen für Aufruhr, in den Vereinigten Staaten sind sie die Basis der politischen Ordnung.

James Madison rühmte im Federalist Nr. 46 „den Vorteil der Bewaffnung, den die Amerikaner gegenüber den Bürgern fast aller anderen Nationen besitzen“, im Unterschied zu den europäischen Königreichen, deren „Regierungen Angst haben, dem Volk Waffen anzuvertrauen“. Madison prophezeite, dass, wenn die europäische Bauernschaft bewaffnet wäre und rebellische Regionalregierungen (wie die amerikanischen Bundesstaaten) bestehen würden, „der Thron eines jeden Tyrannen in Europa schnell gestürzt werden würde“.

Joel Barlow, ein führender Diplomat und Autor der 1780er und 90er Jahre, schrieb darüber in seinem Buch *Advice to the Privileged Orders in the Several States of Europe* (Ratschläge für die privilegierten Kreise in den verschiedenen Staaten Europas). Er sagte, in Europa würde eine bewaffnete Bevölkerung „als Zeichen eines unzivilisierten Volkes angesehen, das für eine wohl geordnete Gesellschaft äußerst gefährlich ist“. Barlow vertrat die Ansicht, dass das amerikanische System auf der Volkssouveränität basiere, die das Beste im Charakter des Menschen zum Vorschein bringe und dass man deswegen dem Volk Waffen anvertrauen könne: „Gerade weil das Volk zivilisiert ist, kann man ihm gefahrlos Waffen anvertrauen.“

Umgekehrt hielten die Amerikaner der Revolutionszeit eine unbewaffnete Bevölkerung für ein Zeichen des ethischen Verfalls. Der Kontinentalkongress unterschied die Amerikaner, die „von Kindesbeinen an an Waffen ausgebildet und von der Liebe zur Freiheit beseelt waren“, von den „ausschweifenden, zügellosen und entwaffneten“ Briten. Wir können davon ausgehen, dass die Gründer Amerikas nicht überrascht gewesen wären, als die europäischen Eliten 1936 nach Hitlers „Anschluss“ von Österreich ihre Völker rasch an die Nationalsozialisten auslieferten, entweder bevor das Schießen begann oder wenige Wochen danach.

Hitler hat immer wieder Pläne für den Einmarsch in die Schweiz geschmiedet, die aber nie ausgeführt wurden, weil die deutschen Verluste immens gewesen wären. Der Schweizer Milizionär hatte den Befehl, bis zur letzten Patrone zu kämpfen, danach mit dem Bajonett und dann mit bloßen Händen. Anstatt eine Armee zu besiegen, hätte Hitler ein ganzes Volk besiegen müssen.

Gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Ländern

Dem Small Arms Survey 2003 zufolge besitzen die europäischen Länder Norwegen, Finnland, Frankreich und Deutschland die meisten Waffen (etwa 30 bis 39 pro 100 Einwohner), die Niederlande, Ungarn und Rumänien die wenigsten (nicht mehr als 2 Waffen pro 100 Einwohner). Die Erhebung schätzt, dass die Amerikaner zwischen 83 und 96 Waffen pro 100 Einwohner besitzen, also fast eine Waffe pro Kopf.

Was die amerikanische Waffenkultur jedoch sogar von den vorherrschenden Anschauungen in Ländern wie Kanada unterscheidet – wo die Jagdtradition stark ausgeprägt und die Quote beim Langwaffenbesitz fast so hoch ist wie in den USA – ist, dass die Amerikaner Waffenbesitz nicht nur mit Freizeitgestaltung, sondern auch mit Überleben [survival] und Selbstbestimmung [sovereignty] verbinden. Da etwa die Hälfte aller amerikanischen Haushalte Waffen besitzt, ist die Einbruchsrates in den USA weitaus geringer als in Ländern wie Großbritannien, Kanada, Irland und den Niederlanden, in denen Waffenbesitz zur Selbstverteidigung verboten ist.

In etwa zwei Dritteln der amerikanischen Bundesstaaten [[mittlerweile in jedem Bundesstaat](#), Anm. d. Übers.] können gesetzestreue Erwachsene eine Erlaubnis zum ver-

deckten Tragen einer Kurzwaffe zum Selbstschutz erhalten. Ermutigt durch die NRA und andere Waffenrechtsorganisationen tragen viele dieser Bürger ihre Waffen seit dem 11. September häufiger bei sich. Sie wissen, dass es im Falle eines terroristischen Angriffs auf ein Einkaufszentrum, eine Schule, eine Kirche oder eine Synagoge die amerikanischen Bürger sein werden, die sofort handeln müssen, um ihre Mitbürger zu schützen.

Solche Vorbereitungen für den Fall der Fälle sind für die amerikanischen Waffenverbotsbefürworter und ihre internationalen Verbündeten grauenvoll. Sowohl auf individueller als auch auf nationaler Ebene gehen die Amerikaner davon aus, dass sie sich selbst mit Gewalt schützen müssen, während die Europäer erwarten, dass eine übergeordnete Instanz dies für sie tut. Die kulturellen Unterschiede zwischen Amerika und Europa sind zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts in mancher Hinsicht genauso tiefgreifend wie zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Exkurs: Die Ursprünge einer Waffenkultur

Die Unterschiede im Recht auf Waffenbesitz, welche die Vereinigten Staaten von den meisten europäischen Ländern trennen, haben ihre Wurzeln in der einzigartigen Entstehungsgeschichte der USA.

In den europäischen Nationen war der Besitz von Schusswaffen auf den Adel beschränkt, während die harten Bedingungen im Frontier der USA, das Fehlen einer aristokratischen Klasse und die Notwendigkeit der zivilen Selbstverteidigung im frühen Amerika eine breite Waffenkultur förderten.

Diese Kultur wurde durch die Revolution gestärkt, in der Amerika als erste Kolonie seiner Zeit durch einen fortgesetzten bewaffneten Volksaufstand die Unabhängigkeit erlangte.

Die Bundes- und Staatsverfassungen spiegeln die Überzeugung wider, dass Waffenbesitz der Schlüssel zur Wahrung der politischen und bürgerlichen Rechte ist, was Bürger und Lobbyisten dazu anspornt, sich für Waffenrechte einzusetzen.

Während die Europäer eine bewaffnete Bevölkerung als unzivilisiert ansehen, betrachten die Amerikaner das Thema durch die Brille der Volkssouveränität und glauben, dass Waffenbesitz die Gesellschaft sicherer macht.

Zusätzliche Lektüre:

- Stephen P. Halbrook: Die Schweiz im Visier: Die bewaffnete Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg (Target Switzerland: Swiss Armed Neutrality in World War II, 1998), Schaffhausen: Novalis, 1999.
(Die deutsche Übersetzung ist leider nur noch antiquarisch zu haben, z.B. über Amazon, booklooker.de, ZVAB.com und andere Antiquariate.)

- Joyce Lee Malcolm: [Guns and Violence: The English Experience](#), Harvard University Press, Cambridge, Mass., 2002.
- Small Arms Survey: Jahresberichte und gelegentliche Veröffentlichungen sind verfügbar unter www.smallarmssurvey.org.
- Eine Reihe wissenschaftlicher Zeitschriftenartikel von David B. Kopel über ausländische Waffengesetze sind kostenlos auf dessen Website verfügbar: www.davekopel.org.

David B. Kopel (www.davekopel.org) ist Forschungsdirektor am [Independence Institute](#) und Associate Policy Analyst am [Cato Institute](#). Er ist Autor zahlreicher Bücher und Artikel über Waffenrecht und Waffenrechtspolitik, darunter *The Samurai, the Mountie, and the Cowboy: Should America Adopt the Gun Controls of Other Democracies?*

Den amerikanischen Originalartikel „**America’s Fascination with Firearms – The rigors of the country's frontier led to the proliferation of firearms and a deeply ingrained pro-gun culture**“ kann man hier abrufen: <https://davekopel.org/2A/Mags/America's-fascination-with-firearms.htm>

Übersetzung: April 2023